

KOMMENTARE

NRW-Haushaltsprobleme

Vermeidbare Fehler

BERNHARD HÄNEL

Zum dritten Mal in Folge zhat sich die rot-grüne NRW-Landesregierung vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster eine Klatsche abgeholt. Das ist bitter, auch wenn Regierungschefin Kraft und ihr Finanzminister Walter Borjans den Richterspruch herunterspielen. Verfassungsbruch aber ist kein Kavaliersdelikt.

Bei Lichte besehen war das Scheitern des Haushalts für das Jahr 2011 absehbar. Es hätte seinerzeit schon eines politischen Zweckpessimismus bedurft, einen wirtschaftlichen Abschwung oder Steuermindereinnahmen zu prognostizieren, die allein eine Neuverschuldung höher als die Investitionssumme rechtfertigten. Und so fehlte jegliche von der Verfassung getragene Rechtfertigung für die Höhe der Neuverschuldung.

Kein Politikansatz, auch nicht der einer präventiven Finanzpolitik, steht höher als die Verfassung; da mag es ja auch noch so richtig sein, heute mehr in Bildung zu investieren, um morgen weniger Ausgaben zu haben. So-

lange Bildungsausgaben nicht zu den Investitionskosten gerechnet werden dürfen, müssen die dafür notwendigen Mehrausgaben durch Mehreinnahmen oder Kürzungen an anderer Stelle gedeckt werden.

Risikobefrachtet sind auch die Haushalte für das laufende und das kommende Jahr. Es knirscht an vielen Ecken und Kanten, so dass des Landes Begehrlichkeit wachsen dürfte, sich auf Kosten Dritter zu entlasten. Das aber sind die Kommunen. Sie spüren bereits jetzt, dass die Reise dorthin geht. Etwa wenn Schulministerin Löhrmann die Inklusion von behinderten und nichtbehinderten Schülern vorantreibt. Zusatzkosten aber verneint, obwohl sie unvermeidlich eintreten werden.

Viele Fehler sind vermeidbar. So auch die Fehlberechnungen der Zuweisungen an überschuldete Kommunen. Dazu bedarf es lediglich handwerklicher Genauigkeit.

bernhard.haenel@ihr-kommentar.de
Bericht Tagesthema

Deutsches Milchpulver für chinesische Babys

Guten Ruf ausbauen

JULIA GESEMANN

China – das aufstrebende Land der Mitte. In den vergangenen Jahren erschütterten diverse Lebensmittelskandale das Land. Unschuldige Säuglinge sind durch verseuchtes chinesisches Milchpulver zu Schaden oder ums Leben gekommen. Die Folge: Die Chinesen vertrauen ihren eigenen Produkten nicht mehr. Und ihren Kontrollen.

Es ist verständlich, dass besorgte chinesische Eltern viel Geld für ausländische Importware ausgeben. Sie wollen sichergehen, dass ihre Kinder gesund aufwachsen. Wer kann es ihnen verdenken? Doch dass China als aufstrebende Wirtschaftsmacht und als ein Land mit knapp 1,4 Milliarden Einwohnern nicht in der Lage ist, eigenes qualitativ wertvolles und vor allem ge-

sundes Milchpulver für seine Kinder zu produzieren, ist vor allem eines: traurig. Stattdessen vertrauen die Chinesen auf deutsche Babymilch.

Was sagt uns das? Trotz diversen Lebensmittelskandalen wie BSE, Dioxin-Eiern und Pferdefleisch hat deutsche Babymilch den Ruf eines Qualitätsprodukts.

Im Vergleich zum Ausland sind die deutschen Standards bei Kontrollen in der Lebensmittelindustrie immer noch hoch. Aber es gibt keinen Grund, sich auf dem guten Ruf des Qualitätssiegels „Made in Germany“ auszurufen. Das hat der deutsche Pferdefleischskandal vor kurzem unter Beweis gestellt.

julia.gesemann@ihr-kommentar.de
Bericht Titelseite

Streit um die Falklandinseln

Konflikt der Kahlköpfe

JOCHEN WITTMANN, LONDON

180 Jahre nach der Kolonisierung streiten sich Großbritannien und Argentinien immer noch darum, wem die „Malvinas“ beziehungsweise die Falklandinseln gehören. Die Einwohner haben entschieden: Sie wollen britisch bleiben. Die Regierung in Buenos Aires will das nicht wahrhaben.

Der argentinische Schriftsteller Jorge Luis Borges verglich den Konflikt um die Inseln einmal mit dem Streit zweier Kahlköpfe um einen Kamm. 1982 führten die beiden Länder Krieg um die Falklandinseln. Alexander Haig, damals US-Außenminister unter Ronald Reagan, konnte nicht begreifen, warum ir-

gendjemand wegen eines „vergessenen Pickels am Hintern der Weltgeschichte“ zu den Waffen greifen wollte. Die Briten sind immer noch fest davon überzeugt, dass ihr letzter Kolonialkrieg, in dem über 900 Menschen starben, die Opfer wert war. Jährlich gibt man pro Kopf der dortigen Bevölkerung rund 20.000 Pfund für die Verteidigung des Archipels aus. Es ist nicht zu erwarten, dass London einlenkt. Zu oft hat man betont, dass das Selbstbestimmungsrecht der Falkländer unantastbar sei. Keine guten Karten für Argentinien.

jochen.wittmann@ihr-kommentar.de
Bericht Seite 2

PRESSESTIMMEN

SPD-WAHLPROGRAMM

Badische Zeitung

■ **Freiburg.** Das Wahlprogramm der SPD steht ganz unter dem Motto: Von oben nach unten umverteilen – wobei nicht klar ist, was mit der Mitte geschehen soll.

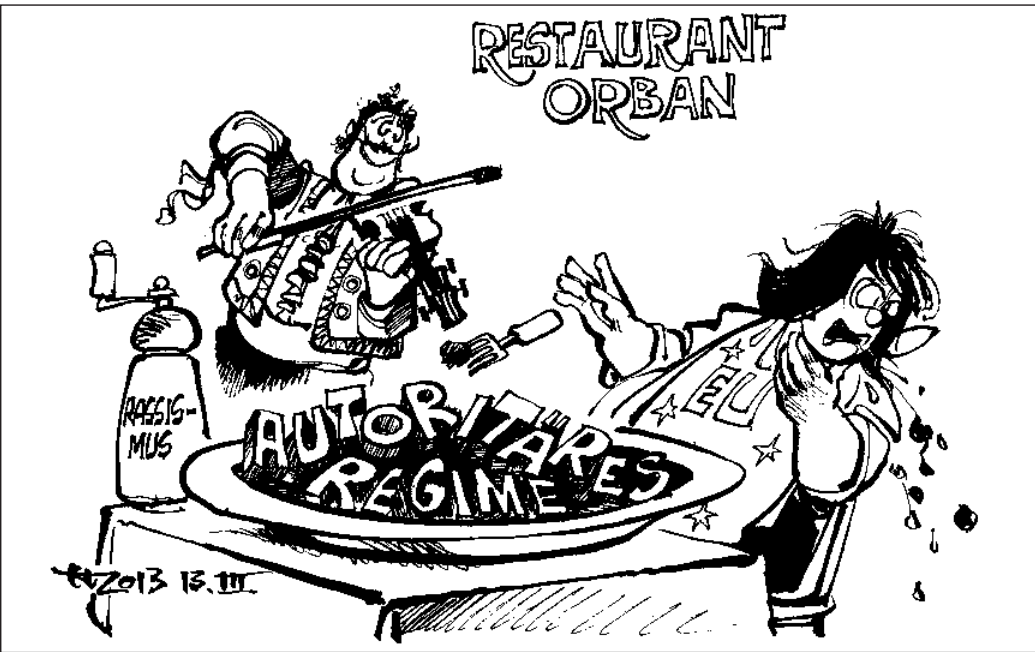
Rhein-Neckar-Zeitung

■ **Heidelberg.** Ähnlich wie bei Grünen und Linken liegt dem Wahlprogramm ein ideales, sozial gerechtes Weltbild zu Grunde. Nichts dagegen. Zweifelhafte bleibt alleine die Finanzierung. Wenn Steinbrück davon spricht, dass „einige Steu-

ern für einige“ erhöht werden müssten, dann ist das gerade für seine Verhältnisse beachtlich wenig Klartext.

Flensburger Tageblatt

■ **Flensburg.** Mit dem Gerechtigkeitswahlkampf spricht die SPD ein verbreitetes Unbehagen an. Managergehälter der großen Dax-Unternehmen ufernten in den letzten Jahren aus. Hingegen konnten Durchschnittsverdiener kaum ihr Realeinkommen sichern. In unteren Lohngruppen werden Beschäftigte mancherorts gedemütigt.



Ungarisches Gulasch

ZEICHNUNG: HORST HAITZINGER

TAGESTHEMA

Landesregierung setzt Rotstift an

Einsparungen im Haushalt 2013 beschlossen



Woher nehmen? Ministerpräsidentin Hannelore Kraft muss in NRW sparen. FOTO: DPA

■ **Düsseldorf (jkl/hl/inw).** Kurz vor der Verabschiedung des nordrhein-westfälischen Landeshaushalts für das laufende Jahr haben sich SPD und Grüne auf weitere Sparmaßnahmen geeinigt. Die Landtagsfraktionen beschlossen, rund 108 Millionen Euro weniger an neuen Schulden aufzunehmen als ursprünglich geplant. Sparen müssen auch viele Kommunen, die aufgrund von Fehlberechnungen weniger Landesmittel aus dem Stärkungspakt zu erwarten haben.

Nach Angaben des FDP-Landtagsabgeordneten Kai Abrusztat wird es nach der Neuberechnung des Stärkungspakts Gewinner und Verlierer geben. Minden und Porta Westfalica zählten in OWL zu den Gewinnern, Löhne werde „wohl etwas weniger als bislang zugesagt“ erhalten. „Man kann nur hoffen, dass auf die Neuberechnungen Verlass ist“, sagte Abrusztat. Sonst drohe ein neuer Rechtsstreit in Münster. Zuvor hatte die NRW-Landesregierung einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der eine gerechte Verteilung der Konsolidierungshilfe für Kommunen im Stärkungspakt bewirkt. „Wir wollen den finanziell schwächsten Kommunen in Nordrhein-Westfalen einen Weg aus der Schuldenfalle ermöglichen“, erklärte Kommunalminister Ralf Jäger. Mit dem Stärkungspaktgesetz werden bis Ende dieses Jahres mehr als 1,2 Milliarden Euro an finanzschwache Kommunen ausgezahlt.

Unterdessen setzten die Regierungsfaktionen noch einmal den Rotstift an. Insgesamt sind in dem 60-Milliarden-Euro-Etat nun 3,4 Milliarden Euro an neuen Krediten vorgesehen – rund 900 Millionen weniger als 2012. Der Haushalt 2013 soll nächste Woche im Landtag verabschiedet werden. Wegen der

Neuwahl im vergangenen Jahr ist der Landtag mit den Beratungen im Verzug. Umschichtungen im Haushaltsentwurf sollen aber auch zusätzliche Investitionen ermöglichen und Kostensteigerungen auffangen. So sind nun rund 38 Millionen Euro obendrein für Flüchtlinge vorgesehen. Geschont werden die Wohlfahrtsverbände: Ursprünglich hatte die Regierung bei ihnen 5 Millionen Euro einsparen wollen, die Fraktionen minimierten den Abschlag aber auf nur noch 1,7 Millionen. Außerdem soll insgesamt eine Million Euro an Landes- und EU-Mitteln für den Kampf gegen Kinderarmut mobilisiert werden.

Während die Wohlfahrtsverbände aufatmen können, treiben die Pläne der Landesregierung den Denkmalschützern Sorgenfalten auf die Stirn. Laut Haushaltsentwurf sollen die Fördermittel für den Denkmalschutz 2013 um 2 Millionen Euro gekürzt werden. Ab 2015 sollen sie im Landeshaushalt ganz eingestellt und durch eine Darlehnsförderung ersetzt werden.

Für Frithjof Kühn, Vorsitzender des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, ist das Grund zur Sorge. Er schreibt in einem offenen Brief an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: „Die Denkmalförderung des Landes hat sich in den letzten 20 Jahren um rund 60 Prozent verringert.“ Im gleichen Zeitraum sei jedoch die Zahl der unter Schutz gestellten Bau- und Bodendenkmäler um 27,85 Prozent gestiegen. „Das widerspricht dem Koalitionsvertrag“, kritisiert Frank Tafertshofer, Pressesprecher des Westfälischen Heimatbundes. Dort heißt es: „Wir werden die Kulturförderung durch das Land für alle Sparten auch in Zukunft auf dem erreichten Niveau halten – wo möglich und geboten, auch ausbauen.“

Wirtschaft sperrt sich gegen flexiblere Arbeitszeiten

Politik mahnt Familienfreundlichkeit im Beruf an

■ **Berlin** (rtr). Bundesregierung und Wirtschaft sind sich uneins, wie in Deutschland Arbeit und Familie besser miteinander in Einklang gebracht werden sollten. Auf einem „Familiengipfel“ in Berlin plädierte Familienministerin Kristina Schröder dafür, Müttern die Rückkehr von einem Teilzeit- in einen Vollzeit-job gesetzlich zu garantieren. Einen solchen Rechtsanspruch lehnte aber FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle ab. „Wir sehen da Probleme“, sagte er. Das könne Frauen bei Einstellungen behindern. Grundsätzlich halte sie Anstrengungen in diesem Be-

reich für eine Sache der Tarifpartner, sagte Schröder. „Nur wenn sich nichts bewegt“, müsse der Gesetzgeber tätig werden.

Führende Wirtschaftsvertreter warnten vor staatlichem Zwang und mehr Bürokratie. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sagte, der Weg über staatliche Eingriffe sei „kein Weg, der zum Ziel führt“. Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte von der Wirtschaft eine größere Offenheit für flexible Arbeitszeiten und warb für familiengerechtere Arbeitsbedingungen. Davon profitierten Unternehmen wie ihre Beschäftigten, sagte sie.

Lange Wartezeit bei Einsicht in Stasi-Akten

■ **Berlin** (AFP). Die Stasi-Unterlagen-Behörde braucht immer mehr Zeit, um die Anträge von Bürgern auf Akteneinsicht zu bearbeiten. Betroffene müssten bis zu zweieinhalb Jahre warten. Grund sei Personalmangel. So sei die Zahl der Mitarbeiter im Bereich Auskunft seit 2011 um elf Prozent zurückgegangen. Zugleich sei die Zahl der Anträge im Jahr 2010 um etwa zehn Prozent gewachsen.

Lehrer müssen Schulbücher nicht bezahlen

■ **Erfurt** (dpa). Lehrer haben einen Anspruch auf Kostenerstattung für Schulbücher, die sie im Unterricht benötigen. Das entschied das Bundesarbeitsgericht in Erfurt. Die Bundesrichter gaben damit der Klage eines Pädagogen statt, der dem Land Niedersachsen den Kaufpreis für ein Mathematikbuch in Höhe von 14,36 Euro in Rechnung gestellt hatte.

AZ: 9 AZR 455/11

266 Haftbefehle in der rechten Szene

■ **Berlin** (AFP). Die Sicherheitsbehörden haben 266 mutmaßliche Straftäter mit Bezügen zur rechten Szene gesucht. Gegen die Gesuchten unbekannten Aufenthalts bestanden offene Haftbefehle. In 44 Fällen war eine rechtsmotivierte Straftat Grund für den Haftbefehl. Die übrigen 222 Haftbefehle waren wegen Straftaten der Rechtsextremen ohne politischen Hintergrund ausgestellt worden.

Ewald-Heinrich von Kleist ist tot

■ **Berlin/München** (dpa). Der frühere Widerstandskämpfer und Begründer der Münchner Sicherheitskonferenz, Ewald-Heinrich von Kleist, ist tot. Er starb am Freitag im Alter von 90 Jahren. Kleist war am Attentat auf Adolf Hitler durch die Verschwörer um Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944 beteiligt. Nach dem Krieg wurde er Verleger und gründete den Ewald-von-Kleist-Verlag.

Falklandinseln sollen britisch bleiben

■ **London** (dpa). Eine überwältigende Mehrheit von 99,8 Prozent der Bewohner der Falklandinseln hat sich für den Erhalt des Status quo des Territoriums als britisches Überseegebiet ausgesprochen. Von den 1.517 Wählern stimmten nur 3 mit nein. Großbritannien forderte die argentinische Regierung umgehend dazu auf, den Willen der Inselbevölkerung zu achten.

> Kommentar

PERSÖNLICH



FOTO: DPA

Katrin Göring-Eckardt (46), Grünen-Spitzenkandidatin, hatte als junge Frau in der DDR ähnliche Vorlieben wie die ersten Grünen, die vor 30 Jahren in den Bundestag einzogen. „Die Frage, was mit dem Umweltschutz ist, war auch für mich ein großes Thema“, sagte sie. „Und ja: Ich habe meine Pullover damals selbst gestrickt und meine Röcke selbst genäht.“



FOTO: DPA

Mahmud Ahmadinedschad (56), Irans Präsident, ist von religiösen Führern wegen seines unislamischen Verhaltens auf der Trauerfeier für Hugo Chávez gebrandmarkt worden. Anstoß war ein Foto, auf dem er die Mutter des verstorbenen venezolanischen Staatschefs umarmt. Ahmadinedschad hatte zunächst bestritten, eine fremde Frau umarmt zu haben.



FOTO: RTR

Lech Walesa (69), polnischer Ex-Arbeiterführer, versteht die Aufregung um seine Kritik an Homosexuellen nicht. Als er gefordert habe, homosexuelle Abgeordnete sollten im Parlament in der letzten Reihe sitzen, sei es ihm nicht um die Schaffung von Ghetts gegangen. Homosexuelle versuchen aber, als Minderheit der Mehrheit ihre Überzeugungen aufzuzwingen.

Nordkorea verkündet erstes Angriffsziel

HINTERGRUND



■ **Seoul** (dpa). Die umstrittene Seegrenze zwischen Süd- und Nordkorea rückt nach den Drohungen Pjöngjangs erneut in den Blickpunkt. Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un (Foto) hat sein erstes Angriffsziel verkündet.

Südkorea befürchtet, das Nachbarland könnte sich zu militärischen Provokationen hinreißen lassen. Im November 2010 hatte Nordkoreas Küsten-

artillerie die zu Südkorea gehörende grenznahe Insel Yonpyong beschossen.

Nordkorea hatte zuletzt fast täglich mit einem Krieg gedroht und sogar den USA einen atomaren Ersts Schlag angedroht. Pjöngjang reagiert damit auf amerikanisch-südkoreanische Militärmanöver und den wachsenden internationalen Druck wegen seines Atomwaffenprogramms. Am Montag hatte die offizielle Zeitung *Rodong Sinmun* berichtet, das Waffenstillstandsabkommen zur Beendigung des Korea-Kriegs (1950–1953) sei wie angekündigt „von heute an“ ungül-

tig. Der UN-Sicherheitsrat hatte zuvor Sanktionen gegen Nordkorea wegen des Atomtests am 12. Februar verschärft. Südkoreas Verteidigungsministerium warf Nordkorea vor, mit täglichen Kriegsdrohungen „psychologischen Druck“ auszuüben.

Nordkorea soll Bewohner in der Grenzregion dazu veranlassen, sich in unterirdische Schutzräume zu begeben und mit Nahrungsrationen für Ernstfälle einzudecken. In der Hauptstadt Pjöngjang seien Busse mit Tarnnetzen versehen, um eine „kriegsähnliche Atmosphäre“ hervorzurufen.